

Schwangerschaft einer Arbeitnehmerin

Besonderheiten bei der Entgeltfortzahlung im Falle eines Beschäftigungsverbotes

Beschäftigungsverbote nach dem Mutterschutzgesetz (MuSchG)

§ 16 Abs. 1 u. 2 MuSchG	§§ 13, 4, 5, 6 MuSchG	§ 3 Abs. 1 u. 2 MuSchG
Feststellung durch einen Arzt	Ausspruch durch den Arbeitgeber im Rahmen seiner Fürsorgepflicht	Gesetzliche Beschäftigungsverbote
Ärztliche Beschäftigungsverbote bedürfen eines ärztlichen Zeugnisses (nicht identisch mit Krankschreibung).	Betriebliche Beschäftigungsverbote resultieren nicht aus dem Gesundheitszustand der Arbeitnehmerin, sondern ergeben sich aus den für eine Schwangerschaft nicht geeigneten Arbeitsbedingungen.	Gesetzliche Beschäftigungsverbote bestehen in den letzten sechs Wochen vor und acht Wochen bzw. zwölf Wochen nach der Entbindung.
Diese Beschäftigungsverbote können auf die gesamte Tätigkeit oder auf Teiltätigkeiten bzw. -zeiten angewendet werden.		Die werdende Mutter kann auf eigenen Wunsch in den letzten sechs Wochen vor der Entbindung beschäftigt werden.
Die Kontrolle der Einhaltung erfolgt durch die Arbeitsschutzbehörde auf der Grundlage § 29 MuSchG. Hinweis: Die Arbeitsschutzbehörde kann auf der Grundlage § 29 Abs.3 MuSchG feststellen, ob eine Arbeit unter die Beschäftigungsverbote des § 11 dieses Gesetzes fällt.		

§ 18 MuSchG - Arbeitsentgelt bei Beschäftigungsverboten (Mutterschutzlohn)

Muss die Arbeitnehmerin auf Grund von Beschäftigungsverboten ganz- oder teilweise mit der Arbeit aussetzen, ist ihr mindestens der Durchschnittsverdienst der letzten drei Kalendermonate vor Beginn der Schwangerschaft zu zahlen. Dies gilt auch, wenn wegen dieser Verbote die Beschäftigung oder Entlohnungsart wechselt.

§ 20 MuSchG - Zuschuss zum Mutterschaftsgeld

Sechs Wochen vor und acht bzw. zwölf Wochen nach der Entbindung erhält die Arbeitnehmerin Mutterschaftsgeld von ihrer Krankenkasse (maximal 13 € pro Kalendertag) sofern sie gesetzlich krankenversichert ist. Eine Frau, die nicht Mitglied einer gesetzlichen Krankenkasse ist, erhält für die Zeit der Schutzfristen vor und nach der Entbindung Mutterschaftsgeld zu Lasten des Bundes in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Fünften Buches SGB, jedoch insgesamt höchstens 210 €. Es muss beim Bundesversicherungsamt beantragt werden. Wird das Arbeitsverhältnis zulässig aufgelöst (Genehmigung durch die Behörde), erhält die Frau Mutterschaftsgeld von der Krankenkasse bzw. vom Bundesversicherungsamt für die Zeit nach dem Ende des Beschäftigungsverhältnisses. Der Arbeitgeber gleicht den Differenzbetrag zum durchschnittlichen Nettobetrag mit einem Zuschuss aus.

Hinweis für Arbeitgeber: Durch das Gesetz über den Ausgleich der Arbeitgeberaufwendungen für Entgeltfortzahlung (Aufwendungsausgleichsgesetz - AAG) vom 22. Dezember 2005 (BGBl. I S. 3686), zuletzt geändert durch Art. 6 Abs. 10 G vom 23.05.2017 werden alle o.g. Leistungen (Anspruchsgrundlage: § 1 Abs. 2 u.3 AAG) auf Antrag durch das Ausgleichs- und Umlageverfahren der Krankenkassen (U 2) ersetzt.

Die Krankenkasse, bei der die Arbeitnehmerin versichert ist, (mit Ausnahme der landwirtschaftlichen Krankenkassen) erstattet auf Antrag in vollem Umfang das vom Arbeitgeber nach § 18 MuSchG bei Beschäftigungsverboten gezahlte Arbeitsentgelt, die nach § 20 MuSchG gezahlten Zuschüsse zum Mutterschaftsgeld sowie die dafür zu tragenden Beiträge an Lohnnebenkosten. Das gilt auch für Arbeitgeber die nur Auszubildende beschäftigen. Für geringfügig Beschäftigte ist die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See zuständig.

(Stand 17.01.2018)

Weitere Auskünfte erteilen die Arbeitsschutzbehörden. Die Adressen der sächsischen Arbeitsschutzbehörden und weitere Informationen finden Sie auch im Internet unter <http://www.arbeitsschutz.sachsen.de>